

II- 814 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

DER BUNDESMINISTER
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Zl.107.050-4b(POL)71

353 / A.B.
zu 358 / J.

XII. Gesetzgebungsperiode

Präs. am 16. Feb. 1971

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates
Dipl. Ing. Karl Waldbrunner

Parlament
W i e n

Nach der dem Bundeskanzleramt zugegangenen Note der Kanzlei des Präsidenten des Nationalrates Nr. 358/J vom 18. Dezember 1970, haben die Abgeordneten zum Nationalrat CZERNETZ, RADINGER, ZANKL und Genossen eine

A n f r a g e

an die Bundesregierung betreffend Empfehlung Nr. 607 der Beratenden Versammlung des Europarates über die Präventivmedizin und die Schaffung einer europäischen Gesundheitskarte überreicht.

Ich beehre mich, diese Anfrage in Entsprechung des Beschlusses Zl.21.123-PrM/71 des Ministerrats vom 9. Februar 1.J. namens der Bundesregierung wie folgt zu beantworten:

"Das Komitee der Ministerdelegierten hat sich im Rahmen seiner in der Zeit vom 19. bis 24. Oktober 1970 stattgefundenen 193. Tagung mit der Empfehlung Nr. 607 der Beratenden Versammlung befasst und beschlossen, sie dem Europäischen Komitee für Volksgesundheit zur Stellungnahme zu übermitteln.

Die nächste Tagung dieses Expertenkomitees für Volksgesundheit wird voraussichtlich im März laufenden Jahres in Strassburg stattfinden. Erst nach Vorliegen seiner Stellungnahme wird sich das Ministerkomitee des Europarates erneut mit der Materie befassen.

./.

- 2 -

Es kann daher im derzeitigen Stadium noch nicht gesagt werden, in welcher Form das Ministerkomitee der Empfehlung der Beratenden Versammlung Rechnung tragen und an die Regierungen der Mitgliedstaaten die Einladung zur Durchführung der empfohlenen Massnahmen richten wird.

Es ist daher auch noch nicht vorhersehbar, welche Veranlassungen gegebenenfalls in Österreich zu treffen sein werden.

Dessenungeachtet darf jedoch darauf verwiesen werden, dass die Gesichtspunkte der Präventivmedizin im Rahmen der Tätigkeit der Gesundheitsbehörden berücksichtigt werden. Dabei wird mit der medizinischen Wissenschaft und der Standesvertretung der Ärzte auf das engste zusammengearbeitet. Seit einigen Jahren werden Aktionen zur Aufklärung der Bevölkerung über die Früherkennung des Krebses sowie Aktionen zur Früherkennung von Diabetes durchgeführt. Hierbei wird soweit als möglich von der Wirksamkeit der Massen-Kommunikationsmittel Gebrauch gemacht. Schliesslich sei noch erwähnt, dass in dem zu erlassenden besonderen Studiengesetz für die Studienrichtung Medizin vorgesehen ist, Präventiv- und Sozialmedizin im Rahmen des Hauptfaches Hygiene an allen medizinischen Fakultäten Österreichs einzurichten."

Wien, am 12. Februar 1971

Der Bundesminister

für
Auswärtige Angelegenheiten: